

PRESSEMITTEILUNG

[07.02.2007]

Bürger für Rodgau-FWG für eine ehrliche Politik. Koch's unmoralisches Angebot durch Fakten nachgewiesen, Freie Wähler lassen sich nicht kaufen.

Wähler sehen nach Aussagen der FW Spitzenvertreter Kaufangebot als bewiesen an – Untersuchungsausschuss für 70.000 EURO hat allein die CDU zu verantworten –

Dass Roland Koch den Freien Wählern am 3. April 2006 bei einem Gespräch auf Spitzenebene eine gesetzlich geregelte Finanzierung der Freien Wähler mit deren Landtagswahlbeteiligung 2008 in unmoralischer Weise verknüpft hat, sei nach der Sitzung des Untersuchungsausschuss nachgewiesen, lassen die Freien Wähler in einer Pressemitteilung verlauten.

Die stellvertretende Landesvorsitzende, Christa Gräfin von Beust (Sulzbach) erklärte dazu: „Nachdem das taktische Ablenkungsmanöver der CDU nicht aufgegangen ist, konnten die entscheidenden Vertreter der Freien Wähler endlich den wahren Sachverhalt aufklären“, so von Beust. Der Landesschatzmeister der Freien Wähler, Horst Breunig (Main-Taunus) ergänzte: „Dieser Untersuchungsausschuss kostet den hessischen Steuerzahler 70.000 EURO die allein die Union zu verantworten hat!“ Hätte die CDU dieses Angebot nicht gemacht oder einfach nur die seit 16 Jahren überfällige Umsetzung einer Bundesverfassungsgerichtsentscheidung betrieben, hätte man diese Summe einsparen können. „Axel Wintermeyer von der CDU macht sich lächerlich, wenn er jetzt den Ausschuss für überflüssig erklärt“, heißt es weiter. „Hätte man seitens der CDU offen zu den Vorwürfen gestanden, dann wäre der Ausschuss überflüssig gewesen!“

Gräfin von Beust und Horst Breunig machten noch einmal deutlich, warum das unmoralische Angebot der CDU bewiesen ist:

14 Jahre lang verzögerten alle Fraktionen – einschließlich der CDU – eine Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils. Im Jahr 1998 scheiterte eine Regelung an der CDU und einem vom Oppositionsführer Roland Koch geschriebenen „Gutachten“

Die Gespräche bis zum 03. April 2006 verliefen mit der CDU ergebnislos (SPD und FDP hatten bereits Jahre vorher schriftliche Zusagen gegeben)

Ein am 01. Juli 2005 im Innenministerium geführtes Gespräch und einer Vereinbarung mit den Freien Wählern, dass das Thema im Rahmen einer CDU Präsidiumssitzung mit Roland Koch am Anfang Juli 2006 besprochen und an die FW eine Nachricht innerhalb von 2 Wochen ergeben sollte, verlief ergebnislos (trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung) Bereits am 01. Juli 2005 äußerte Innenminister Bouffier: „Es hat keiner ein Interesse daran Euch etwas Gutes zu tun, es sei denn, ihr tretet nicht zur Landtagswahl an“

Die CDU verzögerte die Thematik bis zur Kommunalwahl 2006, um zu sehen, wie die Freien Wähler dort abschneiden. Erst nachdem die FREIEN WÄHLER erstmals mit einer landesweiten Kampagne die größten Zuwächse jedweder Gruppierung in Hessen (+2,6%) erzielt hatte, setzte die CDU in einer eiligst anberaumten Sitzung am 03.04.2006 durch Roland Koch persönlich dieses Thema auf die Tagesordnung.

Die FW hatten auf ihren Delegiertentag am 05. November 2005 beschlossen und veröffentlicht, dass die Diskussion um eine Landtagswahlbeteiligung erst nach und im Lichte des Kommunalwahlergebnisses geführt werden sollten und auf ihrer Homepage veröffentlicht.

Die Teilnehmer des Gesprächs vom 03.04.2006 der Freien Wähler (Thomas Braun, Stefan Becker, Dirk Oßwald, Michael Krönung) erinnern sich präzise und sagten im Ausschuss u.a. aus:

Koch leitete nach mehreren Punkten ein: „jetzt kommen wir doch einmal zum eigentlichen Thema“ und ergänzte: „was können wir Euch denn Gutes tun“ sowie „Volker (Bouffier), Du hast da doch was“

Angesprochen wurde ein fertiger Gesetzentwurf. Es wurde explizit gefordert, dass die Freien Wähler auf eine Landtagswahlbeteiligung verzichten, um endlich ihr Recht zu erhalten.

Die endgültige Entscheidung sollte im Landtag so terminiert werden, dass sie erst nach einem negativen Votum zur Frage der Landtagswahlbeteiligung der Freien Wähler fiel.

Die Freien Wähler wurden gefragt, ob sie nicht den Landesdelegiertentag vorverlegen können.

Alle vier Freien Wähler fühlten sich unter Druck gesetzt. Alle Gremien der Freien Wähler werten diesen Versuch als Kaufversuch.

Abschließend erklärte der Ministerpräsident scherzhaft: „wir wollen mal hoffen, dass die SPD keine Abhörgeräte installiert hat“.

Der Ministerpräsident beruft sich im Ausschuss in entscheidenden Fragen auf Erinnerungslücken und der Gesetzentwurf war nur auf die Freien Wähler zugeschnitten. Eine Wahlkampfkostenerstattung sollte rückwirkend (handschriftliche Ergänzungen des Innenministers) gewährt werden.

Das Gesetz sollte nicht zur Anwendung kommen, falls die FW zur Landtagswahl antreten (handschriftliche Ergänzungen des Innenministers).

Das Gesetz sollte – entgegen einer ursprünglichen Planung – nur für Wählergruppen gelten und nicht für Bewerber um ein Wahlamt auf kommunaler Ebene.

Das von Herrn Koch in die Diskussion gebrachte Doppelfinanzierungsargument wurde in vorherigen Gesprächen nie vorgebracht, ist juristisch nicht haltbar und wurde auch durch Landeswahlleiter Hannapel widerlegt.

Der Versuch die anderen Fraktionen einzubinden sollte lediglich dazu genutzt werde, die sowieso schriftlich bestätigten Zusagen zu bestätigen und keine unliebsamen Fragen der Opposition zuzulassen.

Die CDU brachte das Gesetz nicht ein, auch als die Freien Wähler nicht auf das Kaufangebot eingingen und obwohl weiterhin eine verfassungsrechtliche Benachteiligung der

Wählergruppen besteht (insb. auch der nicht im Landesverband organisierten Gruppen

Die CDU will dieses Gesetz auch heute nicht verabschieden, obwohl es auch genügend Wählergruppen gibt, die nicht im Landesverband der Freien Wähler organisiert sind und so einen verfassungsrechtlichen Anspruch haben.

Nachdem die Freien Wähler nicht auf das Kaufangebot eingingen, sprachen CDU Funktionäre in einer konzertierten Aktion hessenweit Delegierte der Freien Wähler an, um sie vom Vorhaben einer Landtagswahlbeteiligung abzubringen (ohne Erfolg)

Wie auch der Bundesvorsitzende Armin Grein festgestellt hat, handelt es sich um eine schwerwiegende politische und persönliche Entgleisung von Roland Koch.“ Man wolle sich bei künftigen Landtagswahlen für eine sauberere Politik einsetzen.